

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
**am 21.01.2020**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 20:20 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher  
Frau Gorsler stellv. Vorsitzende  
Herr Kaufmann  
Herr Pieplau  
Herr Schmalen  
Frau Weißenfeld (ab 17:30 Uhr)

CDU

Herr Copertino  
Frau Jansen  
Herr Jung  
Herr Hüsemann  
Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller  
Herr Hood Vorsitzender (für Frau Mann)  
Frau Wegner

Bielefelder Mitte

Frau Dr. Seidenberg

Die Linke

Frau Bußmann

FDP

Herr Teutrine

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic Integrationsrat  
Herr Gugat Lokaldemokratie in Bielefeld  
Frau Huber Seniorenrat

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger  
Frau Krutwage

Herr Dr. Schmid

Frau Aron

Frau Dammann

Frau Brinkmann

Herr Metzger

Herr Linnenbürger

Frau Riemann

Herr Schloemann

Dezernat 5

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Gesundheits-, Veterinär- und

Lebensmittelüberwachungsamt

Büro für Integrierte Sozialplanung  
und Prävention

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Bauamt

Stab Dezernat 5

Stab Dezernat 3

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Gäste

Herr Paus

Herr Siegeroth

Herr Doerk

AGW

REGE mbH

REGE mbH

Schriftführung

Herr Litke

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden.

Er würdigt Herrn Harald Buschmann, u. a. langjähriges Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie weiteren Gremien, der am 01.01.2020 verstorben ist; der Ausschuss erhebt sich zum Gedenken.

Vorsitzender Herr Hood teilt mit, dass Herr Litke vom Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – als Schriftführer für diese und die Sitzung im Februar 2020 zur Verfügung steht; die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Vorsitzender Herr Hood stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass Informationen u. a. zu TOP 2.1 (Mietspiegel) und TOP 2.6 (Einladung zur Veranstaltung „Wo drückt der Schuh?“) ausgelegt sind.

Herr Weber bittet darum, TOP 1.3 abzusetzen und TOP 14.4 in 1. Lesung zu behandeln; die Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Vorsitzender Herr Hood weist auf den zuvor per Email versandten und als Tischvorlage vorliegenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen, der Lokaldemokratie in Bielefeld und der Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN (zu TOP 7) „Bildung und Teilhabe (BuT) – Prüfung der Einführung eines internet-basierten Abrechnungssystems für Leistungen auf Bildung und Teilhabe (Bildungskarte)“ – Drucks.-Nr. 10104/2014-2020 hin; dieser wird unter TOP 7 behandelt.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

-.-.-

**Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften****Zu Punkt 1.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 47. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 08.10.2019****Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 47. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 08.10.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 1.2 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (48. Sitzung) und des Jugendhilfeausschusses am 12.11.2019**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (48. Sitzung) und des Jugendhilfeausschusses vom 10.12.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 1.3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 49. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 26.11.2019**

Von wenigen Mitgliedern wird der Wunsch nach Änderungen im Protokoll geäußert; eine Genehmigung sei daher aktuell nicht möglich.

- abgesetzt -

-.-.-

**Zu Punkt 2 Mitteilungen**

**Zu Punkt 2.1 Mietspiegel 2020**

Der Ausschuss nimmt den Mietspiegel 2020 (**Anlage 1**) zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 2.2 Angehörigen-Entlastungsgesetz**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

**Zu Punkt 2.3 Bundesteilhabegesetz**

**Zu Punkt 2.3.1 Stand der Umsetzung in Bielefeld**

Frau Krutwage informiert ausführlich zur aktuellen Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Bielefeld. U.a. seien 979 auf existenzsichernde Leistungen (Grundsicherung bzw. Hilfe zum Lebensunterhalt) gem. SGB XII bewilligt worden und die Zahlungen ab Januar 2020 sichergestellt; die Einpreisung der Miethöhe muss teilweise noch nachträglich erfolgen. Nur in wenigen Fällen seien Probleme aufgetreten, die Anträgen im Wege stan-

den. Teilweise mussten Vorleistungen mangels zeitnahe Mitwirkung anderer Träger erbracht werden.

Hinsichtlich der Fachstelle Frühförderung, der Einbindung des Fachdienstes Pflege sowie der grundsätzlichen planerischen Zusammenarbeit würden noch Kooperationsvereinbarungen mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) angestrebt. Gespräche mit dem LWL seien dazu schon begonnen worden und würden sich künftig über die soziale Teilhabe hinaus auch auf die Bereiche Teilhabe im Arbeitsleben, Hilfe zur Pflege, Kinder- und Jugendhilfe erstrecken müssen.

Gespräche mit dem LWL zur Finanzierung von Kontakt- und Beratungsstellen und des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderungen konnten noch nicht abschließend erfolgen; in der nächsten Sitzung werde darüber voraussichtlich informiert.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

---

**Zu Punkt 2.3.2 Beginn der Hilfen gem. § 108 SGB IX – Stellungnahme des Psychiatriebeirates an den LWL**

Der Ausschuss nimmt die mit der Einladung versandte Stellungnahme des Psychiatriebeirates zur Kenntnis.

---

**Zu Punkt 2.4 Zweite Verlängerung der Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach §§ 28-30 SGB II (BuT-Leistungen)**

Der Ausschuss nimmt die mit der Einladung versandte Mitteilung zur Kenntnis.

---

**Zu Punkt 2.5 Interkommunale Förderung der Beratungsstelle "Nadeschda" - Frauenberatung für Opfer von Menschenhandel der Ev. Frauenhilfe in Westfalen e. V.**

Der Ausschuss nimmt die mit der Einladung versandte Mitteilung zur Kenntnis.

---

**Zu Punkt 2.6 Einladung zur Vorstellung des Befragungsprojektes LSBTI\* „Wo drückt der Schuh?“ 20.02.2020**

Vorsitzender Herr Hood weist auf die ausliegende Einladung (**Anlage 2**) hin, die der Ausschuss zur Kenntnis nimmt.

---

**Zu Punkt 2.7 Gespräche zur Fortsetzung des Bielefelder Modells**

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert, dass sich die finanziellen Rahmenbedingungen für das Bielefelder Modell verändert hätten und dieses ohne zusätzliche – auch kommunale – Mittel nicht im bisher bewährten Umfang fortgeführt werden könne. Man habe daher mit den Trägern schon intensiv verhandelt, wobei sich die finanziellen Vorstellungen der Träger und der Stadt Bielefeld zunächst deutlich unterschieden. Unter Einbeziehung der BGW sei nun aber ein allseits akzeptierbares Ergebnis greifbar nahe, worüber im März im Ausschuss entschieden werden solle. Der Ausschuss nimmt das zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 3 Anfragen**

**Zu Punkt 3.1 Belegungssituation in den Frauenhäusern in Bielefeld (Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.01.2020)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9988/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 3**) ; dazu gibt es keine weiteren Fragen.

-.-.-

**Zu Punkt 4 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

**Zu Punkt 5 Bewilligungsergebnis Wohnungsbauförderung 2019**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9924/2014-2020

Herr Metzger erläutert die Vorlage.

Herr Holler-Göller und Herr Weber begrüßen ausdrücklich die mittlerweile positive Entwicklung - besonders beim Mietwohnungsbau - und die zu erwartende positive Perspektive durch die Zielvereinbarung mit dem Land NRW.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

**Zu Punkt 6 Sachstand über den Legionellenbefund im Seniorenzentrum Baumheide**

**Zu Punkt 6.1 Fragen der FDP-Ratsgruppe zum Legionellenbefund im Seniorenzentrum Baumheide in der SGA-Sitzung am 26. November 2019**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9959/2014-2020

Über die Informationsvorlage wird engagiert diskutiert; daran beteiligen sich Herr Teutrine, Herr Copertino, Herr Brücher, Herr Holler-Göller, Frau Gorsler, Herr Gugat, Frau Bußmann, Herr Weber und Beigeordneter Herr Nürnberger und Vorsitzender Herr Hood. Es kommen folgende wesentliche Aspekte zum Ausdruck:

- Die Information der Verwaltung, dass viele der gestellten Fragen wegen laufender staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen zurzeit nicht beantwortet werden könnten, wird - teilweise - als zu pauschal empfunden. Im Ausschuss wünscht man sich bestmögliche und zeitnahe Informationen zur kompetenten Begleitung dieser schwerwiegenden Problemlage. Dem gegenüber steht das Zeugnisverweigerungsrecht ggf. strafrechtlich betroffener Personen.
- Konkret wird darum gebeten, die entsprechende rechtliche Einschätzung des Rechtsamtes dem Ausschuss – ggf. in nichtöffentlicher Sitzung – zugänglich zu machen. Herr Nürnberger sagt zu, dieses soweit möglich zu veranlassen.
- Die hohe Verantwortung für Leben und Gesundheit der Bewohner\*innen und Mitarbeiter\*innen stehe interessenübergreifend im Vordergrund. Es wird begrüßt, dass die Bewohner\*innen in anderen Einrichtungen versorgt sind. Beigeordneter Herr Nürnberger schränkt ein, dass in Bielefeld aber nun ca. 100 Heimbetten für einige Monate fehlten, was erhebliche Auswirkungen z. B. bis hin zur Kurzzeitpflege habe.

Herr Copertino wiederholt seine Frage aus der Sitzung vom 26.11.19, warum eine vorgesehene Probenentnahme im Mai 2019 nicht erfolgt sei und ob bei erfolgter Probenentnahme das Risiko hätte minimiert werden können. Er stellt klar, dass die CDU-Fraktion sich nicht alle 41 Fragen der FDP zu eigen gemacht habe.

Beigeordneter Herr Nürnberger führt aus, dass in weiteren Pflegeeinrichtungen leicht erhöhte Werte festgestellt worden seien. Er kündigt an, dass im Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt im Hinblick auf eine Personalverstärkung nun eine Organisationsuntersuchung geplant sei, was aber naturgemäß erst nach längerer Zeit zu Optimierungen führen könne. Auch die Kommunikation zwischen WTG-Behörde und Gesundheitsamt solle verbessert werden.

Der Ausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

## Zu Punkt 7

**Bildung und Teilhabe (BuT) – Prüfung der Einführung eines Internet-basierten Abrechnungssystems für Leistungen auf Bildung und Teilhabe (Bildungskarte)**Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 9395/2014-2020/1

Drucksachennummer: 9848/2014-2020 (Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vom 26.11.2019)

Drucksachennummer: 10104/2014-2020 (Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Lokaldemokratie in Bielefeld und Bürgernähe/PIRATEN vom 16.01.2020)

Frau Wegner erläutert den gemeinsamen Änderungsantrag (**Anlage 4**, DrucksNr. 10104/2014-2020), der vorab per Email versandt und als Tischvorlage verteilt wurde. Wichtig sei dabei vor allem, durch die Einführung der Bildungskarte die Inanspruchnahme von BuT-Leistungen in Bielefeld deutlich zu steigern – dazu solle auch frühzeitig, umfassend und verständlich informiert werden.

An der Diskussion über diesen Antrag beteiligen sich Herr Gugat, Herr Brücher, Frau Bußmann, Herr Paus, Herr Weber, Frau Adilovic, Frau Weißefeld und Beigeordneter Herr Nürnberger. Trotz Skepsis einiger Ausschussmitglieder überwiegt die Erwartung einer Steigerung der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen. Herr Gugat bittet darum, auch die entsprechende Internetseite der Stadt Bielefeld hinsichtlich ihrer Verständlichkeit zu überarbeiten.

Vorsitzender Herr Hood lässt zunächst über die Änderungsanträge und anschließend über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss** (über Antrag 1 aus DrucksNr. 9848/2014-2020):

**Der SGA beauftragt die Verwaltung, Leistungen des BuT zukünftig diskriminierungsfrei als Geldleistung an die Eltern auszus zahlen.**

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung abgelehnt -

**Beschluss** (über Antrag 2 aus DrucksNr. 9848/2014-2020):

**Der SGA beauftragt die Verwaltung, Leistungen des BuT zukünftig über eine Bildungskarte zu zahlen sowie alternativ - wenn die Eltern dies wünschen- diskriminierungsfrei als Geldleistung an die Eltern auszus zahlen.**

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung abgelehnt -

**Beschluss** (über DrucksNr. 10104/2014-2020):

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen,**

- 1. die Einführung einer Bildungskarte zum Schuljahr 2020/2021 mit dem Ziel zu realisieren, die Inanspruchnahme von BuT-Leistungen durch die Leistungsberechtigten signifikant zu steigern,**
- 2. dem Sozial- und Gesundheitsausschuss regelmäßig über den Einführungs- und Umsetzungsprozess zu berichten,**



3. die Leistungsberechtigten mittels einer Aufklärungskampagne (z.B. in Form von einfach verständlichen Flyern) umfassend über die Möglichkeiten der Bildungskarte zu informieren,
4. die Leistungsberechtigten über die Möglichkeiten der Lernförderung zu informieren und die Beantragung soweit wie möglich zu vereinfachen und zu straffen,
5. dem Sozial- und Gesundheitsausschuss auf der Basis der Nutzung der Bildungskarte in zwei Schuljahren eine Evaluation vorzulegen, die den Nutzen der Bildungskarte untersucht und ermittelt, ob folgende Ziele erreicht wurden:
  - Die Inanspruchnahme von BuT-Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe durch Leistungsberechtigte ist um mindestens 50% gestiegen.
  - Die Anbieter von Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe beteiligen sich weit überwiegend an dem System der Bildungskarte.
  - Es besteht eine durch eine Befragung von Eltern und Jugendlichen festgestellte hohe Zufriedenheit mit der Bildungskarte.
6. die Gewährung der Leistungen auch in den Fällen sicherzustellen, in denen die Karte nicht eingesetzt wird bzw. eingesetzt werden kann.

- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

**Beschluss** (über DrucksNr. 9395/2014-2020/1):

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen,**

1. die Einführung einer Bildungskarte zum Schuljahr 2020/2021 mit dem Ziel zu realisieren, die Inanspruchnahme von BuT-Leistungen durch die Leistungsberechtigten signifikant zu steigern,
2. dem Sozial- und Gesundheitsausschuss regelmäßig über den Einführungs- und Umsetzungsprozess zu berichten,
3. die Leistungsberechtigten mittels einer Aufklärungskampagne (z.B. in Form von einfach verständlichen Flyern) umfassend über die Möglichkeiten der Bildungskarte zu informieren,
4. die Leistungsberechtigten über die Möglichkeiten der Lernförderung zu informieren und die Beantragung soweit wie möglich zu vereinfachen und zu straffen,
5. dem Sozial- und Gesundheitsausschuss auf der Basis der Nutzung der Bildungskarte in zwei Schuljahren eine Evaluation vorzulegen, die den Nutzen der Bildungskarte untersucht und ermittelt, ob folgende Ziele erreicht wurden:
  - Die Inanspruchnahme von BuT-Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe durch Leistungsberechtigte ist um mindestens 50% gestiegen.
  - Die Anbieter von Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe beteiligen sich weit überwiegend an dem System der Bildungskarte.
  - Es besteht eine durch eine Befragung von Eltern und Jugendlichen festgestellte hohe Zufriedenheit mit der Bildungskarte.
6. die Gewährung der Leistungen auch in den Fällen sicherzustellen, in denen die Karte nicht eingesetzt wird bzw. eingesetzt werden kann.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 8**      **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit dem Verein Frauen helfen Frauen Frauenhaus e.V.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9902/2014-2020

Der Ausschuss ist einig darüber, dass die zusätzliche finanzielle Förderung durch das Land NRW sehr zu begrüßen sei; dies führe zu einer Entlastung der kommunalen Förderung.

Frau Dr. Seidenberg fragt nach der Laufzeit der vom Land gewährten Förderung. Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, dass diese an die Landesfinanzplanung gekoppelt und zunächst bis 2022 gesichert sei. Auf eine Frage nach der - hoffentlich dauerhaften - personellen Umsetzung erläutert mit Einverständnis der Ausschussmitglieder Frau Tappmeier vom Verein Frauen helfen Frauen Frauenhaus e.V. die Planungen des Trägers, die an die Laufzeit der Förderung angepasst sind. Die Stadt Bielefeld finanziere dabei nur die Restkosten für nun 4 Stellen.

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt: Der Verein Frauen helfen Frauen Frauenhaus e.V. erhält für die Vertragsperiode 2020 bis 2022 ergänzend zur Landesförderung von der Stadt Bielefeld eine Förderung von 63.897 € jährlich zzgl. Personal- und Sachkostensteigerungen für die Jahre 2021 und 2022 entsprechend Ratsbeschluss vom 11.07.2019 unter Ziffern 4 und 5.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 9**      **Erhöhung der Vertragssumme der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit dem Kulturzentrum für Hörgeschädigte**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9970/2014-2020

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

**1. Die Vertragssumme der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem „Kulturzentrum für Hörgeschädigte“ und der Stadt Bielefeld soll für die Vertragsperiode 01.01.2020 – 31.12.2022 um 3.500,00 € auf jährlich 12.908,00 € erhöht werden.**

**2. Für das Jahr 2019 soll eine Änderungsvereinbarung zur bestehenden Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung über die einmalige Erhöhung der Vertragssumme um 3.500,00 € abgeschlossen werden.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 10 Festsetzung der Bekleidungspauschale gem. § 27b Abs. 4 SGBXII**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10038/2014-2020

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der SGA beschließt, dass die Bekleidungspauschale gem. § 27b Abs. 4 SGB XII ab Januar 2020 monatlich in Höhe der im maßgeblichen Regelbedarf enthaltenen Anteile für Bekleidung – derzeit 30,29 €- an die Leistungsberechtigten ausgezahlt wird. Die Beiräte nehmen die Änderungen zur Kenntnis.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 11 Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde (ehem. Heimaufsicht)**

Der Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde 2017-2018 wurde mit der Einladung versandt. Fragen von Herrn Holler-Göller zu folgenden Komplexen werden von Frau Krutwage beantwortet:

- Das geringe Trägerinteresse zum Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen basiere nicht nur auf geringer Refinanzierung durch die Pflegekassen, sondern auch auf dem Fachkräftemangel, der in der Kurzzeitpflege besonders spürbar werde. Eine ausschließlich kommunale Lösung sei z. Zt. nicht erkennbar – man sei aber im Gespräch mit vielen Akteuren. Die Angehörigen würden durch gezielte Informationen über freie Kurzzeitpflegeplätze wirksam unterstützt.
- Bei Beschäftigung von Leiharbeits-Fachkräften resultiere eine geringere Steuerungsfähigkeit vor allem aus der Pflicht zur Einhaltung von vorgegebenen Arbeitszeitmodellen.
- Eine strukturierte Kooperation mit dem Gesundheitsamt werde in einer künftigen Vereinbarung fixiert.

Der Ausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis.

-.-.-

## Zu Punkt 12 Handbuch der sozialraumorientierten Quartierssozialarbeit

### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9704/2014-2020

Frau Brinkmann erläutert das Handbuch mit einer Präsentation (**Anlage 5**); damit sei ein wichtiger Prozess – zur Umsetzung sozialräumlicher und präventiver Handlungsansätze - detailliert dokumentiert worden.

(Das Handbuch ist auch verfügbar unter: <https://www.bielefeld.de/de/gs/bssn/qs/>.)

An der Diskussion beteiligen sich Herr Jung, Herr Paus, Frau Huber und Frau Bußmann. Dabei wird betont:

- Das Handbuch enthält eine fachlich gute Darstellung.
- Das Thema „Armut im Alter“ wird aufgegriffen; aber es gibt aktuell noch keine Evaluationsergebnisse dazu.
- Eine breite Verteilung des Handbuchs wird angeregt.

Vorsitzender Herr Hood regt für die Zukunft noch umfänglichere und funktionsübergreifende sozialräumliche Gesamtlösungen an.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

## Zu Punkt 13 Bericht über die Auswirkungen des schlüssigen Konzepts – Evaluation der der Unterkunft (KdU)

### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10025/2014-2020

Frau Dammann erläutert die Informationsvorlage. Sie betont, dass ein Zusammenhang mit den leicht gestiegenen Mietkosten in Bielefeld nicht eindeutig identifizierbar sei, da viele Einflussfaktoren zu berücksichtigen seien.

Fragen von Frau Bußmann, Frau Gorsler und Herrn Holler-Göller beantwortet sie.

Der Ausschuss nimmt die Ergebnisse der Evaluation zur Kenntnis.

-.-.-

## Zu Punkt 14 Bericht aus Bielefeld integriert

### Zu Punkt 14.1 Sprachbandkoordination

Herr Siegeroth und Herr Doerk informieren ausführlich anhand einer Präsentation (**Anlage 6**) über die Sprachbandkoordination in Bielefeld.

In der Aussprache, an der sich u. a. Herr Paus, Frau Weißenfeld, Herr Weber und Beigeordneter Herr Nürnberger beteiligen, wird die differenzierte und auf individueller Sprachkompetenz basierende Koordination positiv bewertet. Das eher starre und teilweise übereilt angewandte Fördersystem des Bundesamtes für Migration wird eher kritisch gesehen; auch Probleme bei einer oft nötigen Kinderbetreuung bedürften flexiblerer Lösungen.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis –

Hinweis der Verwaltung:

Im Nachgang zur Sitzung übersendet Herr Doerk ein Handout zur Sprachbandkoordination mit vertiefenden Informationen (**Anlage 7**).

-.-.-

**Zu Punkt 14.2 Verwendung des Integrationsbudgets hier: Sprache und Arbeit sowie Sozialtrainings an Grundschulen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10032/2014-2020

Herr Teutrine fragt nach dem weiteren Verfahren beim Integrationsbudget; Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, dass die einzelnen Maßnahmen aus dem Integrationsbudget nach und nach eingebracht würden.

Frau Wegner bringt ihre Anerkennung über die vielen positiven Sprachintegrationsangebote in Bielefeld zum Ausdruck. Herr Weber würdigt die Integrationsangebote auf allen Ebenen von Bund-Land-Kommune.

Beigeordneter Herr Nürnberger bringt seinen Ärger über z. T. starre Strukturen – insbesondere beim Bund – zum Ausdruck.

Beschluss:**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:**

**Die REGE mbH erhält für die Haushaltsjahre 2020-2022 zur Durchführung von Maßnahmen aus dem Integrationsbudget entsprechend der beigefügten Anlage**

- für den Bereich „Sprache und Arbeit“ Mittel in Höhe von 1.066.990,- €
- für die Sozialtrainings an Grundschulen Mittel in Höhe von 185.000,- €

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 14.3 Fortführung der Quartierssozialarbeit und der Flüchtlingsbetreuung des AWO Kreisverbandes Bielefeld e.V. im Quartier Zedernstraße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9933/2014-2020

Herr Copertino bittet um präzisere Beschlussvorlagen, was er am Beispiel dieser Vorlage, die in der Bezirksvertretung Brackwede nur zur Kenntnis genommen werden konnte, erläutert; Beigeordneter Herr Nürnberger bittet dieses Versehen zu entschuldigen und wirbt darum, dieser Vorlage inhaltlich zuzustimmen.

Herr Weber bittet um eine kurze Erklärung, warum angesichts geringerer Belegungszahlen, die Fortführung im nun geplanten Umfang nötig sei. Beigeordneter Herr Nürnberger führt dazu aus, dass die Belegung sich mittlerweile ungefähr halbiert habe, entsprechend werde der Personalkostenanteil angepasst.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den AWO-Kreisverband Bielefeld e.V. für den Zeitraum 01.12.2019 – 30.11.2021 mit der Fortführung der Flüchtlingsbetreuung, der Nachbarschaftsbegleitung und der Quartiersentwicklung im Quartier Zedernstraße zu beauftragen und ihm hierfür eine jährliche Zuwendung von 170.170 € zur Verfügung zu stellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 14.4 Weiterentwicklung des Projekts „Einwanderung gestalten NRW“ – hier: Landesförderung 2020 - 2023**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 9921/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger weist auf ein Landesprogramm NRW hin, aus dem u. a. Mittel für strategische Vernetzungsarbeit und Casemanagement beantragt werden könnten. Um diese Mittel erfolversprechend zu generieren, bedürfe es zunächst eines entsprechenden Gesamtkonzeptes. Dieses Konzept wolle man nun in Verbindung mit dem Kommunalen Integrationszentrum erarbeiten; er bittet dazu um einen entsprechenden Auftrag.

Herr Paus vermisst im Beschlussvorschlag die Kooperation mit REGE und freien Trägern; er bittet um entsprechende Anpassung.

Herr Weber pflichtet Herrn Paus bei – beantragt aber das Thema heute als 1. Lesung zu behandeln. Herr Brücher bringt zum Ausdruck, dass er sich eine Entscheidung bei entsprechender Anpassung des Beschlusstextes vorstellen könne – aber die Bitte um 1. Lesung respektiere.

- 1. Lesung -

-.-.-

**Zu Punkt 15 Zwischenbericht zur Entwicklung eines Konzeptes für den Grünen Würfel**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 9931/2014-2020

Herr Teutrine fragt nach ersten Erfahrungswerten am Grünen Würfel.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass es erst 25 Betriebs-tage gebe; er könne nicht versprechen, dass es dort keinerlei Drogenprobleme geben werde.

Frau Aron ergänzt, dass Polizei und Ordnungsamt ihre Einsätze dort hoch-gefahren hätten, worüber die Polizei originär selbst berichten wolle.

Herr Weber bittet darum, statt eines möglichen Verdrängungsmechanismus ein Konzept für den gesamten Innenstadtbereich zu entwickeln.

Vorsitzender Herr Hood stellt klar, dass es für ein solches Konzept derzeit keine Beschlussgrundlage gebe.

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 16**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**  
**- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Aktuell ist nichts zu berichten.

Frau Krutwage weist aber auf Themen der nächsten Sitzung hin:  
Bericht über den Arbeitsprozess „Älter werden in Bielefeld“, Jahresbericht  
über das Projekt in der Ernst-Rein-Straße, Fahrdienst für Menschen mit  
Behinderungen, 2. Lesung kommunales Integrationsmanagement

-.-.-

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.